



SMI	Euro Stoxx 50	Dow Jones
6969	3313	11131
-0,7%	-1,1%	-2,1%
→ 1 Euro	1.63 Franken	+0,1%
→ 1 Dollar	1.03 Franken	-0,3%
→ 1 kg Gold	30719 Franken	-0,2%
→ 1 Fass Öl	126 Dollar	+1,0%

Börsen- und Finanzteil

ANPASSUNGEN. Vor vier Wochen hat die baz den Börsen- und Finanzteil erneuert. Seither haben wir die Reaktionen von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ausgewertet. Ab heute werden wir den Finanzteil anpassen, um möglichst vielen Wünschen gerecht zu werden. Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Interesse. Die Anpassungen erfolgen in den nächsten Tagen. Ab sofort finden Sie von Dienstag bis Samstag täglich einen ausführlichen Börsenbericht für die Schweiz. Ab 8. August werden wir die Aktienkurse einer Auswahl ausländischer Firmen, die an der Schweizer Börse kotiert sind, aufnehmen. Gleichzeitig werden Sie auch wieder die Wechselkurse der wichtigsten Währungen untereinander, die sogenannten Crossrates, sowie die Zinsen am Eurogeldmarkt (Eurozinsen) finden. Keinen Einfluss haben wir auf die Auswahl der publizierten Anlagefonds auf der entsprechenden Seite. Hier entscheiden die Inserenten (Banken). **sob > SEITEN 13, 14, 15**

spezial.mobil.



ZWERGEN-AUFSTAND. Fiat und Renault liefern sich bei ihren Minis ein Ferduell. Nachdem der Cinquecento die 100-PS-Grenze knackte, zog Renault mit dem Twingo nach. Jetzt lanciert Fiat den 500er als Giftzwerg mit 135 PS, noch in diesem Jahr zieht Renault wieder nach. **> SEITE 18**

nachrichten

Erster Siemens-Manager verurteilt

MÜNCHEN. Der erste Angeklagte in der Siemens-Schmiergeldaffäre ist in München zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung und einer Geldstrafe von 108.000 Euro verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er in 49 Fällen 48,8 Millionen Euro an Konzerngeldern veruntreut hat. Der 57-jährige Manager der früheren Telekommunikationssparte hatte bereits zu Prozessbeginn ein umfangreiches Geständnis abgelegt. SDA

Ende der Krise ist nicht in Sicht

WASHINGTON. Die Finanzmärkte sind gemäss Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in einer schwachen Verfassung. Obwohl es Banken gelungen sei, frisches Kapital zu beschaffen, seien die Bilanzen Belastungen ausgesetzt, heisst es im Bericht. Ein Ende der US-Immobilienkrise sei noch nicht in Sicht. Der IWF befürchtet, dass es zu einer steigenden Zahl von Kreditausfällen in Bereichen kommt, die bislang verschont geblieben waren. Der Fonds hielt an der Prognose fest, nach der er Verluste von fast einer Billion Dollar als Folge der Krise erwartet. SDA/DPA

Hoher Benzinpreis bremst Occasionen

ZÜRICH. Die rekordhohen Benzinpreise bremsen den Handel mit Occasions-Autos in der Schweiz: Von Januar bis Juni wechselten 277.550 gebrauchte Personwagen den Besitzer, zwei Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. Die steigenden Preise an den Zapfsäulen haben die Käufer von Gebrauchtwagen offenbar zum Umdenken gebracht: Sie liessen die grossvolumigen Wagen und Autos mit Dieselmotor beim Händler stehen. SDA

Deutsche Haushalte sind verunsichert

NÜRNBERG. Hohe Energiepreise und wachsende Rezessionsängste haben die Verbraucherstimmung in Deutschland getrübt. Auch das Wiederaufflammen der Finanzkrise habe die Haushalte weiter verunsichert, teilt das Marktforschungsinstitut GfK mit. Für den Konsumklimaindex wird nächsten Monat noch ein Wert von 2,1 Punkten erwartet – der niedrigste Wert seit 2003. DPA

Novartis klagt gegen Generika-Hersteller

BASEL. Der Pharmakonzern Novartis hat in den USA eine Klage gegen den israelischen Generika-Hersteller Teva wegen einer angeblichen Patentverletzung eingereicht. Die Klage soll Teva verbieten, die Kopien der Medikamente Zometax und Reclast vor dem Patentablauf im Jahr 2013 zu vertreiben. Mit Zometax setzte Novartis in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahrs 677 Millionen Dollar um. SDA

In der EU fährt jeder einen Extrazug

Der Norden Europas ist eher freihändlerisch, der Süden setzt auf Schutzmassnahmen



Vielfältig. Die Welt wird immer globalisierter. Dennoch prägen oft nationale Einzelinteressen das Bild. Foto Virginia Mayo

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

Grundsätzlich engagiert sich die EU für freie Märkte. Innerhalb der EU bekämpfen sich aber unterschiedliche Lager. Und geht es um nationale Interessen oder wichtige Branchen, greifen viele EU-Staaten immer wieder zu Schutzmassnahmen.

Die EU setzt sich intern und global für den Freihandel ein, und sie bekämpft protektionistische Tendenzen. Intern hat sie mit dem EU-Binnenmarkt sowie scharfen Wettbewerbs- und Subventionierungsregeln grosse Schritte gemacht. Nach aussen müssen sich die 27 Staaten jeweils auf eine gemeinsame Position einigen, da die Aussenhandelspolitik in der Kompetenz der EU liegt. Sowohl bei der Landwirtschaft als auch bei Industrieprodukten, Dienstleistungen oder Übernahmeregelungen verlaufen die Fronten immer etwa gleich. Der Gruppe von freihändlerisch eingestellten Staaten im Norden steht eine stärker protektionistische Ländergruppe im Süden gegenüber. Bei der Abstimmung kann es knapp werden, und meistens resultiert ein Kompromiss.

Als die EU vor zwei Jahren Strafzölle auf Schuhimporten aus China und Vietnam einfuhrte, interessierte deren Begründung nur einen Teil. Weil Strafzölle nur möglich sind, wenn ein von

der Welthandelsorganisation WTO verbotenes Dumping nachgewiesen ist, hatte die EU Betriebe in den zwei Ländern untersucht. Dabei fand sie Beweise für günstige Kredite, Steuerbefreiungen und marktunübliche Pachtbedingungen. Deutschland und den skandinavischen Ländern war das egal. Sie sprachen sich gegen Strafzölle aus. Italien, Spanien und Portugal, die selber Schuhe produzieren, sahen das anders.



PROTEKTIONISMUS. Schutzzölle dienen den Interessen von Ländern oder Branchen, während freier Handel das Allgemeinwohl fördert. Deshalb versucht die Welthandelsorganisation WTO, Handelshemmnisse abzubauen. Die baz zeigt in einer Serie, wer im Kampf gegen den Protektionismus welche Standpunkte vertritt. **> www.baz.ch/go/welthandel**

Sie verlangten Massnahmen während fünf Jahren. Ausserst knapp konnten sie sich durchsetzen, allerdings nur für eine Schutzfrist von zwei Jahren.

Mit Antidumping-Massnahmen versucht die EU, den Import weiterer Produkte aus China einzudämmen. Dahinter stehen Interessen einzelner Branchen. Die Begründungen wirken häufig vorgeschoben, etwa die Sicherheitsargumente bei Spielzeugen. Das mediale Echo um die Streitfälle überdeckt allerdings, dass insgesamt nur zwei Prozent der chinesischen Exporte in die EU durch Strafzölle belastet sind, obwohl die meisten Anti-Dumping-Massnahmen der EU auf China zielen.

AGRARSCHUTZ. Mit Subventionen von fast 100 Milliarden Euro, davon mehr als die Hälfte aus der EU-Kasse, stehen die EU-Staaten an der Spitze der Agrarprotektionisten. Zur Verteidigung weist die EU darauf hin, dass sie auch die grösste Importeurin von Agrarprodukten aus Dritt-Welt-Staaten ist. Wie alle anderen OECD-Staaten reduziert die EU die Unterstützung der Bauern laufend. Da Frankreich mit rund zehn Milliarden Euro (2007) am meisten vom Agrargeld aus Brüssel profitiert, wehrt sich Paris am heftigsten gegen jeden Abbau. Dies zeigt auch die Ausein-

setzung zwischen Präsident Sarkozy und EU-Handelskommissar Mandelson rund um die laufenden WTO-Verhandlungen. In den Augen von Frankreich vertritt der Briten zu stark die Interessen derjenigen EU-Staaten, die sich wie Grossbritannien, Holland oder Skandinavien für einen Abbau der Agrarsubventionen einsetzen.

NATIONALE CHAMPIONS. Wie sich Theorie und Praxis der offenen Märkte verhalten, lässt sich auch bei Firmenübernahmen beobachten. Noch nie hat sich eine EU-Regierung empört, wenn ein Konzern aus dem eigenen Land einen fremden übernommen hat. Umgekehrt wird dagegen gern nach Möglichkeiten gesucht, ausländische Käufer fernzuhalten. Weil in der EU das Prinzip der Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit gilt, können ausländische Übernahmen nur in Ausnahmefällen verboten werden, etwa wenn öffentliche Güter auf dem Spiel stehen. So verlangt Spanien für Beteiligungen im Energiebereich eine staatliche Genehmigung. Diese kam beim Übernahmekampf zwischen der deutschen E.ON und dem spanisch-italienischen Konsortium Acciona/Enel um die spanische Endesa zum Zug. Kürzlich wurde Spanien vom Europäischen Gerichtshof deswegen gerüffelt. Das EU-Gericht setzte dem «Wirtschaftspatriotismus» Grenzen.

Lesen Sie morgen: Russland und Finnland schlittern in einen Handelskrieg

AGRARSUBVENTIONEN WELTWEIT IM ÜBERBLICK

2007 in Mrd. Euro	in % der Einnahmen der Bauern	1986-1988 (in %)
EU 98,1	26%	40%
Japan 25,7	45%	64%
USA 23,8	10%	22%
Korea 18,6	60%	70%
Türkei 9,8	21%	16%
Kanada 5,1	18%	36%
Mexiko 4,4	14%	28%
Schweiz 3,0	50%	77%
Norwegen 2,0	53%	70%
Australien 1,3	6%	7%
Island 0,15	61%	76%
Neuseeland 0,06	1%	10%
OECD total 0,06	23%	37%

Lesebeispiel: Die Schweiz hat ihre Landwirtschaft 2007 mit drei Milliarden Euro subventioniert. Die Hälfte der bäuerlichen Bruttoeinnahmen stammte damit vom Staat.

Nach der Krise ist vor der Krise

Aussichten auf einen Abschluss der Doha-Runde haben sich wieder verschlechtert

CHRISTIAN MIHATSCH

Beim Streit über die geografischen Herkunftsangaben zeichnet sich dafür ein Kompromiss ab.

Kaum ist die erste Krise in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO überwunden, kommt schon die nächste. Am Freitag hatte WTO-Chef Pascal Lamy mit einem eigenen Kompromisspapier zu Industrie- und Agrarprodukten einen Abbruch der Verhandlungen verhindert.

Doch nun legen sich Indien, das schon am Wochenende Bedenken angemeldet hatte, und überraschend auch China quer.

UNTER 50 PROZENT. Der Schweizer Botschafter bei der WTO, Luzius Wasescha, schätzt, dass die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Abschlusses von 65 Prozent am Wochenende gestern wieder unter 50 Prozent gefallen ist.

Anlass zu Optimismus geben hingegen die Beratungen über geografische Herkunftsangaben wie etwa beim «Bündner» Fleisch. Die USA und andere Einwanderungsländer wehren sich dagegen, dass nur noch Fleisch aus Graubünden auch als «Bündner Fleisch» verkauft werden darf. Der Grund ist einfach: Schweizer, die nach Amerika ausgewandert sind, haben dort begonnen, «Emmentaler» und «Grey-

erzer» herzustellen. Werden die geografischen Herkunftsangaben nun im Rahmen der WTO geschützt, wird es keinen amerikanischen «Swiss Cheese» mehr geben. Umgekehrt haben die Schweizer Bauern natürlich ein eminentes Interesse daran, gut eingeführte Brands wie «Emmentaler» oder «Greyerzer» exklusiv nutzen zu können.

Um den Amerikanern nun doch noch eine Zustimmung

abzurufen, könnten ihnen die Europäer beim abgelaufenen «Friedensabkommen» entgegenkommen. Dieses besagt, dass nach einer Einigung nicht mehr gegen US-Landwirtschaftssubventionen geklagt werden kann, solange diese insgesamt unter der vereinbarten Obergrenze bleiben. Bislang lehnt die EU dies ab. Über einen Tausch gegen die Herkunftsangaben dürfte sie aber dennoch mit sich reden lassen.